

«Es ist viel zu früh für ein Endlager»

Die Zeit ist nicht reif, Atommüll endgültig unter der Erdoberfläche zu vergraben. Zu viele Fragen sind offen, eine echte Rückholbarkeit ist nicht gewährleistet und zu viele Sicherheitsaspekte sind noch nicht geklärt.

VON **JEAN-JACQUES FASNACHT** UND **MARTINA MUNZ**

Sicher ist einzig die Unsicherheit – und ein enormer Schaden für unsere Region Schaffhausen und das Zürcher Weinland.

Die ganze aufgeklärte Menschheit hatte einmal an die Unsinkbarkeit der Titanic geglaubt. Ein einziger Eisberg hat diese Illusion zerstört. Und was ist, wenn unsere Illusion vom sicheren Atommüll-Lager zerstört wird?

Unsere Wissenschaftsgläubigkeit ist gefährlich. Vor allem für die kommenden Generationen. Denn austretende radioaktive Strahlung ist in kleinsten Mengen tödlich, kann das Erbgut von Mensch, Tier und Pflanzen nachhaltig schädigen und bringt in Form von Krankheiten, insbesondere Krebs, viel Leid über die Menschheit. Spielen wir nicht den Zauberlehrling: nicht am Südranden, nicht in Benken und an keinem anderen Ort in der Schweiz.

Für die Region Schaffhausen ist ein Endlager mit hochradioaktivem Atommüll in Benken gleichermassen bedrohlich wie ein Endlager von schwach- und mittelradioaktivem Atommüll am Südranden.

Risiken ohne Ende – es gibt weltweit noch kein Endlager

Weltweit ist kein Endlager für hochradioaktive Abfälle in Betrieb. Die Sondermülldeponie Kolliken zeigt, dass bereits der Umgang mit weniger langlebigen giftigen Abfällen zum Desaster führen kann.

In Asse im deutschen Bundesland Niedersachsen wurden im ehemaligen Salzbergwerk radioaktive Abfälle eingelagert. Der Salzstock galt als sicheres Wirtsgestein. Die Bevölkerung vertraute den Wissenschaftlern. Seit Jahren fliesst nun Salzlake in die Atom- und Mülldeponie und das marode Atommülllager muss saniert werden. Noch weiss man nicht wie. Gerechnet wird mit Sanierungskosten von mindestens 3,2 Milliarden Euro. Diese Kosten trägt der Steuerzahler und nicht die Atomwirtschaft. Und zutiefst beunruhigend ist die Tatsache, dass gemäss den verlässlichen Zahlen des Krebsregisters Niedersachsen die Leukämiefälle und Schilddrüsenkrebskrankungen um Asse signifikant erhöht sind. Eine Beobachtung, die auch um das ehemalige DDR-Atommülllager in Morsleben gemacht wurde.

Die Rückholbarkeit ist keineswegs gewährleistet

Das Gesetz schreibt die Rückholbarkeit nur für die Betriebsphase von Atommüll vor. Doch sogar dafür ist das Konzept der Nagra ist absolut ungenügend. Es sieht vor, den eingepackten Atommüll aus den Transportbehältern herauszunehmen und in lange, nicht begehbare Stollen einzufüllen. Anschliessend werden gemäss Konzept die Lagerstätten mit Betonit verfüllt. Zur Überwachung dient einzig ein Versuchsstollen. Die vorgeschriebene Rückholung ist nur mit enormem Aufwand möglich. Die Gelder dafür sind indes nicht zurückgestellt und müssten, wie das Beispiel Asse in Deutschland zeigt, kurzfristig über Steuern finanziert werden.

Nach der Betriebsphase – die bloss hundert Jahre dauern soll – soll der Eingang zum Atommülllager definitiv verschlossen werden. Es sind keinerlei Kontrollen oder Rückholungen mehr



Vertreter der sechs potenziellen Atommülllager-Standortregionen protestieren vor dem Bundeshaus in Bern gegen Endlagerpläne: Sabine von Stockar (SES), Luca Fasnacht (Zürcher Weinland), Elisabeth Burgener (Bözberg), Guido Dillier (Wellenberg), Martina Munz (Südranden), Susanne Rihs-Lanz (Nördlich Lägeren), Urs Huber (Jura Südfuss).

Bild Thomas Wüthrich

vorgesehen. Zudem würde austretende Strahlung solange unbemerkt bleiben, bis sie an der Oberfläche offensichtlich Schaden anrichtet.

Opalinuston und viele ungeklärte Fragen

Finnland setzt auf kristallines Gestein. In Sibirien hat die Nagra kristallines Gestein als ungeeignet bezeichnet. Jetzt hat sie Opalinuston im Fokus. Diese Gesteinsschicht kommt im Schweizer Mittelland in einer Mächtigkeit von 100 Metern vor, in Süddeutschland kommt die gleiche Schicht ebenfalls vor. Die deutschen Wissenschaftler aber erachten sie als zu dünn und deshalb als ungeeignet für ein Atommüll-Lager. Wem sollen wir vertrauen?

Opalinuston gilt als dicht. Die Nagra aber will das Atommüll-Lager über eine kilometerlange und breite Rampe erschliessen. Damit wird die Schicht gestört und ihre Eigenschaften werden sich dadurch verändern – Verletzungen und Schwachstellen entstehen, welche die Geologie verändern. Auch die Frage des Verpackungsmaterials ist nicht gelöst. Die Stahlfässer oxidieren, und es entstehen gefährliche Gase, welche die Geologie ebenfalls verändern. Ein weiteres Problem ist die Stabilisierung des unterirdischen Atommüll-Lagers mit Beton. Beton reagiert mit Opalinuston und verändert dessen Eigenschaften ebenfalls.

Der Rheinfall ist vor rund 15000 Jahren entstanden. Ein Atommüll-Lager muss gegen eine Million Jahre sicher sein. Innerhalb dieses Zeitraums sind rund zehn Eiszeiten zu erwarten. Die Gletscher werden vermutlich durch die weichen Schottertäler wie den Klettgau und das Weinland (Benken) fliessen und dabei den Untergrund massiv stören. Wie aber soll ein Atommüll-Endlager bei Naturereignissen wie Erdbeben, Überflutungen oder kommenden Eiszeiten solchen Kräften Stand halten?

Nutzungskonflikte sind vorprogrammiert

Bereits heute beginnen wir unseren Untergrund sinnvoll zu nutzen. So ist das Potenzial zur Gewinnung von Energie aus der Tiefe erwiesenermassen enorm und bereits heute werden entsprechende Erdsondenbohrungen über 200 Meter in den Untergrund abgeteuft. Künftige Technologien werden noch weit tiefere Bohrungen ermöglichen. Diese nachhaltige Nutzung muss gerade in dicht besiedelten Regionen und Agglomerationen wie bei uns zu jeder Zeit garantiert sein. Atommülllager und womöglich radioaktiv verseuchter Untergrund gefährden diese

dringend notwendigen Vorhaben für uns und unsere Nachkommen. Dramatische Nutzungskonflikte sind vorprogrammiert, zumal es auch keine Sicherheit und kein Konzept gibt, wie unsere Nachkommen über Generationen vor der radioaktiven Gefahr unter ihrem Lebensraum garantiert gewahrt bleiben. Atommüll gehört nie und nimmer in den Lebens- und Arbeitsraum einer Bevölkerung!

Demokratische Rechte werden abgebaut

Die letzte Revision des Kernenergiegesetzes hat den Kantonen ihr Vetorecht bezüglich Kernenergieanlagen genommen. Das Volk kann sich bei der Standortfrage zur Lagerung von Atommüll nur noch via Referendum in einer gesamtschweizerischen Abstimmung äussern. Jede Region ist froh, wenn sie nicht den Schwarzen Peter zieht. Es ist zu erwarten, dass die Atomwirtschaft vor einer Abstimmung viel Geld und Lobbyarbeit einsetzen wird.

«Kein Atommüll-Lager darf einer Region aufgezwungen werden.» Diese Botschaft stand in den «Nagra-News» vom August 2010. Diese Aussage steht in diametralem Gegensatz zum geplanten Vorgehen.

Unser demokratisches System mit Laienbehörden wird mit einem grossen Zeitdruck überfahren und zum Kopfnicken gezwungen. Den Behörden bleibt nur das blinde Vertrauen in die Nagra.

Die Zeit drängt, denn die Atomlobby will neue AKWs bauen

Die Nagra und das Bundesamt für Energie (BfE) bauen einen enormen Zeitdruck auf. Unsere Milizbehörden mussten in drei Monaten alle 16 Berichte zum Anhörungsprozess lesen, verstehen und dazu Stellung nehmen. Es fehlt sogar die Zeit, Fachleute ihres Vertrauens für eine Stellungnahme zu beauftragen. Gleichzeitig liefen bereits die Vorbereitungen des Partizipationsverfahrens. Dieses täuscht Mitsprache vor und beschränkt sich auf Nebensächlichkeiten. Die Regionen haben zu wichtigen Entscheidungen nichts zu sagen. Die Mitsprache ist auf die Oberflächengestaltung des Atommüll-Lagers reduziert und soll der besseren Akzeptanz dienen.

Die Nagra ist der Atomwirtschaft verpflichtet

Um eine sichere Lösung für den hoch gefährlichen Atommüll zu finden, braucht es unabhängige Forschung und genügend finanzielle Mittel. Beides ist nicht gegeben. Die Nagra gehört sechs Genossenschaftlern, fünf davon

sind AKW-Betreiber. Diese Genossenschaftler bilden den Verwaltungsrat. Die Nagra ist der Atomwirtschaft verpflichtet! Diese will den Atommüll möglichst schnell und kostengünstig loswerden. Die Nagra steht in einem eklatanten Interessenkonflikt und ist damit eben keine neutrale Organisation, der man blind vertrauen kann und darf.

Lösung für vorhandenen Atommüll?

Bezüglich Entsorgung von Atommüll besteht kein Zeitdruck, doch kann das ungelöste Atommüllproblem ganz wesentlich zur Ablehnung von neuen AKWs durch das Volk beitragen. Die Atom-Lobby macht den Druck! Technik, Methodik und die Materialien für ein Atommüll-Endlager sind nicht ausgereift; zentrale Fragen zur Geologie bleiben unbeantwortet. Atomare Abfälle nach dem heutigen Stand der Technik endgültig zu entsorgen ist verantwortungslos gegenüber nachfolgenden Generationen. Die Standortregionen würden zum atomaren Versuchslabor. Experimente, die uns und unseren Lebensraum zerstören könnten, gehören ganz sicher nicht in dicht besiedelte Regionen. Der radioaktive Atommüll muss vorerst in Zwischenlagern aufbewahrt werden: gesichert, kontrolliert und mit den nötigen finanzielle Rückstellungen. Für die bestmögliche Lösung muss noch viel in die Forschung investiert werden. Die Wissenschaft muss bessere Wege finden bezüglich Verarbeitung und Umgang mit hochradioaktivem Atommüll. Es kann und darf nicht sein, dass unsere Gesellschaft unseren Nachkommen atomaren Müll hinterlässt, der über Millionen von Jahren tödlich strahlt. Mit Sicherheit gibt es künftig Technologien, um mit diesem Müll besser umzugehen. Voraussetzung dazu ist der Druck der Gesellschaft und der Wille der Atomwirtschaft, sich nicht

mit dem heutigen Stand der Technik zu begnügen.

Ausstieg aus der Atomwirtschaft

Solange die Schweiz nicht den Ausstieg aus der Atomenergie beschliesst, wird die Frage der Endlagerung radioaktiver Abfälle nicht zufriedenstellend beantwortet werden können. Es ist ein grosser Unterschied, ob Atommüll als Erblast einer zu Ende gehenden AKW-Epoche gelagert werden muss oder ob weiter wider besseres Wissen Atommüll in grossen Mengen in Kauf genommen wird. Jedes neue AKW wird das Entsorgungsproblem verschärfen, die Risiken erhöhen und die Atommüllmenge erhöhen. Die wichtigen Diskussionen um die Atommüll-Lagerung und die Herkunft, Aufbereitung und Abhängigkeit vom Uran zeigen die Notwendigkeit zum baldigen Ausstieg aus der Produktion von Atomstrom mit aller Deutlichkeit auf.

Die Kantone verhalten sich sehr widersprüchlich: Sie wollen neue AKW, aber den Müll nicht. Das Atommüllproblem ist nicht lösbar, weder technisch noch politisch. Und das Sachplanverfahren funktioniert nicht.

Die Region Schaffhausen und das Weinland wehren sich

Die Studie zur Abschätzung der sozioökonomischen Effekte eines Atommüll-Lagers im Weinland auf den Kanton Schaffhausen spricht eine deutliche Sprache. Unsere Region würde in ihrer sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung massiv geschädigt. Daran ist kein Zweifel. Warum würden sonst Abgeltungszahlungen angeboten? Warum werden damit die Regionen geködert?

Für einen kleinen Kanton wie der Kanton Schaffhausen wiegt dieser Nachteil proportional viel stärker als für einen grossen Kanton. Der Imageschaden führt zu einem Zerfall der Immobilienpreise. Die erwünschten Entwicklungen in der Region Schaffhausen als Wohn- und Wirtschaftsregion werden durch ein Atommüll-Endlager verunmöglicht. Laut der kantonalen Wirtschaftsförderung zeichnet sich der Imageschaden bereits heute im Vorfeld der Standortsuche ab. Atommüll und Naturreservate vertragen sich kaum. Ein Endlager in unmittelbarer Nähe unseres grossen BLN-Gebiets Randen und Wangental ist ein Widerspruch in sich selbst. Der Rheinfall als erstklassiges touristisches Objekt würde entwertet.

Den angekündigten Entschädigungszahlungen dürfen wir nicht verfallen! Die Schaffhauser Bevölkerung, die hier lebt, Kinder grosszieht und arbeitet, hat andere, echte und nachhaltige Visionen. Die Technologie ist noch nicht reif, Atommüll risikoarm zu vergraben. Wenn wir uns in unseren Regionen gegen ein Atommüll-Lager wehren, dann wehren wir uns gleichzeitig gegen alle möglichen Atommüll-Lagerstandorte.

Martina Munz ist Schaffhauser Kantonsrätin, Co-Präsidentin der Interessengemeinschaft Lebensraum Klettgau (IGLK) und Vorstandsmitglied von KLAR Schaffhausen.

Jean-Jacques Fasnacht ist Co-Präsident KLAR Schweiz (Kein Leben mit atomaren Risiken) und Vorstandsmitglied PSR/IPPNW (Internationale Ärzteorganisation für soziale Verantwortung und zur Verhütung von Atomkrieg).

Standpunkt Der Gemeindepräsident von Wilchingen zum Endlager Südranden

Hans-Rudolf Schudel ist ein Mann vom Bau im wahren Sinn des Wortes und betreut in seiner Gemeinde auch das Hochbaureferat. Er nimmt im Gespräch kein Blatt vor den Mund und kommt rasch zur Sache: «Ich bin gegen dieses Projekt, weil es gar nicht funktionieren kann. Zu viele Fragen sind offen und können nicht beantwortet werden: Wie dick ist die Opalinustonschicht? Wie soll eine geologische Formation, die Millionen von Jahren alt ist, wieder verschlossen

werden? Wir Bürgerinnen und Bürger werden mit dem bestehenden Atomgesetz verschaukelt – es müsste geändert werden. Die Atomlobby muss mit den echten Kosten konfrontiert werden. Diese umfassen eine fachgerechte und umweltverträgliche Entsorgung, aber auch Rückstellungen für einen SuperGAU. In der Stromversorgung zeichnet sich eine Lücke ab, und wir müssen viel, sehr viel tun, damit wir sie mit alternativen Energieträgern decken können.»